

HD Dr. Klaus Freitag (Universität Münster)

**"Wenn Poleis zugrunde gehen".
Überlegungen zu Destabilisierungs- und Auflösungsprozessen
in antiken griechischen Poleis.**

In der althistorischen Forschung wird nun nahezu einhellig die Vitalität der Polis als prägendes Gemeinschaftskonzept der Griechen auch für den Hellenismus und die römische Kaiserzeit betont; von einem „Untergang der Poliswelt“ in spätklassischer Zeit ist keine Rede mehr. Umso notwendiger ist es vor diesem Hintergrund, die lange Geschichte der Poleis mit ihren Brüchen zu untersuchen, die in einigen Fällen zur Schwächung der Städte, in anderen Fällen sogar zur vollständigen Auflösung der politischen Verbände führte. Ziel des Vortrages ist es, die verschiedenen Hintergründe der Destabilisierungs- und Auflösungsprozesse aufzufindig zu machen, um anschließend die Konsequenzen für die jeweiligen Poleis aufzuzeigen. Ein aussagekräftiges Beispiel findet sich in der Beschreibung Griechenlands, die der Reiseschriftsteller Pausanias in der römischen Kaiserzeit verfasst hat (2,7,1): Das alte Sikyon, das in der Ebene lag, wurde demnach von dem Diadochen Demetrios Poliorketes zerstört, der anschließend die Stadt nun unter dem Namen „Demetrias“ etwas mehr im Landesinneren - im Bereich der alten Akropolis - neu gründet. Zur Zeit des Pausanias ist die traditionsreiche Stadt unbedeutend, was vor allem auf ein Erdbeben zurückzuführen ist, das die Stadt menschenleer machte und darüber hinaus ihr auch alle Sehenswürdigkeiten nahm. Die gerade zitierte Quelle macht deutlich, dass die griechische Polis latent Krisenprozessen ausgesetzt war, die entweder durch Naturkatastrophen in Gang gesetzt oder aber von inneren und äußeren Faktoren ausgelöst wurden, die die politische und gesellschaftlich-soziale Struktur der jeweiligen Poleis veränderten.

Prof. Dr. Christian Witschel (Universität Heidelberg)

Städtische Schrumpfungsprozesse in der Spätantike?

Zu Beginn gilt es kurz die Voraussetzungen zu entfalten, vor deren Hintergrund sich die Entwicklungen in der Spätantike (d.h. in der Zeit zwischen ca. 300 und 600 n. Chr.) vollzogen: Das Römische Reich als ein Netzwerk von sich selbst verwaltenden Stadtgemeinden (civitates/poleis), die in der Regel über einen ausgebauten urbanen Mittelpunkt (die ‚Stadt‘ im heutigen Sinne) verfügten. Letzterer war mit einem weitgehend kanonisierten städtebaulichen Apparat ausgestattet, wobei die Schwerpunkte auf der Ausgestaltung des öffentlichen Raumes (sowohl des profanen wie des sakralen: Straßen, Fora, Heiligtümer), der Einrichtungen für das Wohlergehen der Bevölkerung (z.B. Thermen) und der Spielstätten lag.

In Bezug auf die Spätantike ist zunächst zu fragen, ob sich die Zahl der Stadtgemeinden signifikant verringert hat, ob also das für den Zusammenhalt des Imperium Romanum so entscheidende Städtennetz insgesamt geschrumpft ist. Dabei ist am Beispiel der Nordwestprovinzen sowie Italiens auch auf das Phänomen der ‚gescheiterten‘ Städte einzugehen, die das Ende der Antike nicht überlebt haben. Sodann muss untersucht werden, ob es innerhalb der fortbestehenden Städte zu demographischen und städtebaulichen Schrumpfungsprozessen kam, etwa durch die Errichtung von Stadtmauern, auf die viele Gemeinden während der hohen Kaiserzeit verzichtet hatten, die nun aber ab dem mittleren 3. Jh. in großer Zahl erbaut wurden. Die Betrachtung einiger Fallbeispiele aus Gallien, Italien, Africa, Kleinasien und Syrien/Palaestina kann dabei aufzeigen, wie unterschiedlich die Entwicklung in einzelnen Teilen des Römischen Reiches verlaufen ist. Schließlich soll der Blick auf funktionale Veränderungen innerhalb der Städte gerichtet werden: Verloren auch an Orten, die keine demographischen Einbrüche zu verzeichnen hatten, gewisse bislang dominante urbane Phänomene wie beispielsweise die stark auf Öffentlichkeit ausgerichteten Stadtbilder an Bedeutung bzw. ‚verarmten‘ sie so stark, dass die Städte schließlich ihre ‚antike‘ Struktur einbüßten? Welchen Einfluss hatte hierbei die Christianisierung von Staat und Gesellschaft ab dem 4. Jahrhundert, die auch die Städte in hohem Maße erfasste? Sind diese Transformationsprozesse tatsächlich am besten als ein urbanistischer ‚Niedergang‘ zu beschreiben, wie es ein Teil der neueren Forschung favorisiert?

Canon Dr. Terry R. Slater (University of Birmingham)

Towns in Decline in the British Isles, 1300-1700

British academic interest in the decline of towns began in the 1970s when social and economic historians began to investigate the changing characteristics of English towns in the late 14th and 15th centuries, mainly using court rolls as source material and increasingly sophisticated statistical methods to analyse them. These sources predicated a case-study approach. By chance, the great majority of the particular places subject to investigation underwent sustained periods of economic decline following the trauma of the Black Death. Population fell dramatically; urban employment declined; local agriculture failed to produce sufficient food; the physical fabric of towns decayed, and some towns disappeared altogether. More recently, a wider range of academic specialists have looked at places from other perspectives and, more significantly, as part of wider urban systems. It is now clear that whilst some towns in England certainly declined in the late medieval period, others prospered. The debate has also been widened to include the much more marginal urban economies of Wales and Ireland. In the latter, decline seems to have been almost total, except for the export ports, and the urban system had to be re-established in the 17th century. This paper explores these themes, which will be illustrated by particular case studies in the context of the urban system as a whole.

Prof. Dr. Matthias Untermann (Universität Heidelberg)

Schrumpfungsprozesse in der spätmittelalterlichen Stadt

Archäologische Befunde zu schrumpfenden Städten des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit sind bislang nur selten als solche erkannt worden. Da es in deutschen Städten dieser Zeit kaum zu echten Brachen kommt, sind meist nur Diskontinuitäten der Nutzung zu beobachten (Scheune oder Garten statt Wohnhaus). Großflächige archäologische Grabungen in Offenburg und eine dichte Verknüpfung mit schriftlichen Quellen in Freiburg im Breisgau liefern aussagekräftige Beispiele.

Dr. des. Susanne Jaeger (Technische Universität Dresden)

Historische Stadtschrumpfungen in Osteuropa – Das Schicksal Krakaus im 17. und 18. Jahrhundert

Die wechselvolle Geschichte der alten polnischen Residenzstadt Krakau ist gezeichnet von einer über zwei Jahrhunderte andauernden Phase des Niedergangs, der erst im Laufe des 19. Jahrhunderts überwunden wurde. Zur Revitalisierung der Stadt trugen vor allem außerökonomische Kräfte bei.

1611 erhob der polnische Wahlkönig Sigismund (Wasa) III. Warschau zur neuen Hauptstadt des polnisch-litauischen Großreiches. Für die bisherige Hauptstadt Krakau im Süden des Landes bedeutete dies eine gewaltige Zäsur. Die Verlagerung des Hofes entzog der bis dato blühenden Metropole des Handels und der Wissenschaften eine wichtige wirtschaftliche Grundlage. Eine Reihe von Faktoren u.a. kriegerische Auseinandersetzungen, Belagerungen, Seuchen und Brände verstärken den Niedergang im 17. und 18. Jahrhundert. Die polnischen Teilungen im Laufe des 18. Jahrhunderts verschärfen die Situation. 1795 ist die ehemalige Königsstadt auf das Niveau einer unbedeutenden Provinzstadt herabgesunken.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts jedoch gewinnt Krakau als „geistige Hauptstadt“ des von der politischen Landkarte Europas getilgten polnischen Staates wieder seine vormalige Bedeutung zurück. Trotz wechselhafter, politischer und ökonomischer Bedingungen verläuft die Revitalisierung vor allem aufgrund der immensen ideellen Bedeutung der Stadt für die polnische Geschichte und der starken Identifikation der Bewohner überaus erfolgreich.

Der Vortrag zeichnet den Niedergang und die Revitalisierung der Stadt nach und beleuchtet die vielschichtigen Ursachen der jeweiligen Entwicklung.

Philip R. Hoffmann, M.A. (Universität Konstanz)

Rhetoriken des Niedergangs.

Zur Wahrnehmung und Verarbeitung wirtschaftlicher Krisen in einer schrumpfenden Stadt: Lübeck nach dem Dreißigjährigen Krieg

Während der Frühen Neuzeit und insbesondere nach dem Dreißigjährigen Krieg vollzog sich im Deutschen Reich ein umfassender Strukturwandel des Städtewesens. Erlebten einige Kommunen, vor allem Residenzstädte wie Wien, Berlin oder Dresden, aber auch aufstrebende Handelszentren wie Hamburg und Leipzig, ein teilweise exorbitantes Wachstum an Bevölkerung und Wirtschaftskraft, so verloren viele derjenigen Städte, denen im Mittelalter und im 16. Jahrhundert eine hervorragende Position zugekommen war, nicht nur an Bevölkerungszahl sondern auch an wirtschaftlicher, kultureller und politischer Bedeutung. Zu denken ist hier besonders an süddeutsche Reichsstädte wie Augsburg oder Ulm, aber auch an Lübeck. Zumindest in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg stellt Lübeck ein besonders prominentes Beispiel einer „schrumpfenden Stadt“ in der Frühen Neuzeit dar: nicht nur ging die Bevölkerung zwischen der Mitte des 17. und dem Beginn des 18. Jahrhunderts um etwa ein Drittel zurück; sondern der Niedergang der Hanse und die Veränderungen im europäischen Handelssystem führten zu einem massiven wirtschaftlichen wie politischen Bedeutungsverlust. Im 18. Jahrhundert war das einstige „Haupt der Hanse“ eine an der Peripherie des Deutschen Reichs gelegene Stadt zweiten Ranges – ein Status, an dem sich bis heute nichts Wesentliches geändert hat.

Mit dem Rückgang der Bevölkerungszahl sowie der schwindenden Bedeutung Lübecks als Handelszentrum waren besonders während der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ökonomische Probleme verknüpft, die sich zumindest in einigen Wirtschaftsbereichen und zu bestimmten Zeiten zu krisenhaften Situationen verdichteten. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des Brauereigewerbes, dem einzigen bedeutenderen Exportgewerbe im vormodernen Lübeck. Jedoch verlor dieses während des 17. Jahrhunderts einen Großteil seiner Absatzmärkte, und auch der mit der demographischen Entwicklung verbundene Rückgang der Nachfrage im Innern stellte die Brauer zunehmend vor massive Probleme. Auch wenn detaillierte Untersuchungen zur wirtschaftlichen Entwicklung des frühneuzeitlichen Lübecker Braugewerbes fehlen, so ist dessen Krise doch an der Vielzahl von Eingaben und anderen Quellen insbesondere aus dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts ablesbar, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie der Untergang und der „vollständige Ruin“ des Brauwerks abgewendet werden kann und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um dem diesem wieder aufzuhelfen. Da jedoch aufgrund bestehender Interessendivergenzen gerade auch unterhalb der Brauer selbst unterschiedliche Auffassungen über die Ursachen des Niedergangs und die richtigen Mittel, diesem zu begegnen, bestanden, entspannen sich zum Teil heftig geführte Debatten und Konflikte. Ein zentraler Streitpunkt war, ob und inwieweit die Produktion und der (Fern-)Handel mit Bier (stärker) reguliert und beschränkt werden sollte: während eine Mehrheit der Brauer dies befürwortete, um so die

schrumpfenden Verdienstmöglichkeiten auf möglichst viele Schultern zu verteilen und Konzentrationsprozesse zu verhindern, wurde dies von einer Minderheit abgelehnt, die insbesondere die in ihren Augen gottgewollte und naturrechtlich fundierte „Freiheit des Commercium“ verteidigte. Der Rat selbst tendierte zu einer Regulierung der Bierproduktion und des Bierhandels nicht zuletzt deswegen, weil aus seiner Sicht dadurch ein weiterer Rückgang der städtischen Bevölkerung unterbunden werden konnte. Außerdem war dieser am Erhalt eines möglichst starken Brauwerks interessiert, da die Bieraccise eine wichtige Einnahmequelle des hochverschuldeten Stadtsäckels darstellte. Die Abgaben auf Bier war ein Thema mit hohem Konfliktpotential, da die Brauer hierin eine wesentliche Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihres Gewerbes sahen, weswegen sie sich Versuchen des Rates, die Bieraccise zu erhöhen, entschieden widersetzen.

In den Diskursen und Konflikten über Produktion, Handel und Besteuerung des Biers in Lübeck spiegeln sich Erfahrungen des Niedergangs und des Schrumpfens wider. Deutlich wird, dass von den Akteuren die Situation, in der sich das Brauwerk aber auch die Stadt als ganze befindet, als krisenhaft empfunden wurde. Semantiken des Niedergangs sind in diesem Kontext aber nur die eine Seite der Medaille; die andere sind in die Zukunft gerichtete Rhetoriken der Verbesserung und des „Wiederaufhelfens“ sowie ein projektorientierter „Geist“. Kennzeichnend für die hier untersuchten Debatten ist daher die Verknüpfung von Konzepten des Nieder- bzw. Untergangs und der Verbesserung. Hieran ließen sich dann weitere Deutungsschemata und diskursive Formationen anschließen wie etwa die Gegenüberstellung von gemeinwohlorientiertem und eigennützigem Handeln. Im Mittelpunkt des Vortrages wird die Rekonstruktion solcher Deutungsmuster stehen. Daran lässt sich u. a. die Frage anschließen, inwieweit sich in den hier untersuchten Debatten und Konflikten zum einen Erfahrungen manifestieren, die über den konkreten Einzelfall hinausgehend als typisch für „schrumpfende“ Städte und Gemeinwesen gelten können, und zum anderen (diskursive) Praktiken, die es ermöglichen, mit Erfahrungen des Schrumpfens und des Niedergangs umzugehen und diese zu verarbeiten.

Dipl.-Ing. Carsten Benke M.A. (Technische Universität Berlin)

**Schrumpfung im Zeitalter des Wachstums:
Städtische Niedergangs- und Stagnationsprozesse
während der Urbanisierung und Industrialisierung (1800 bis 1914)**

Das 19. Jahrhundert erscheint sowohl im Vergleich mit der Frühen Neuzeit als auch aus heutiger Perspektive als eine Epoche des ungebremsten urbanen Wachstums und eines allgemeinen Aufstiegs des Städtewesens. Bei genauerer Betrachtung lassen sich jedoch auch im Zeitalter von Industrialisierung und Urbanisierung vielgestaltige Schrumpfungprozesse identifizieren. Der Vortrag will solche städtischen Schrumpfungs- und Stagnationsphänomene in den einzelnen Abschnitten des 19. Jahrhunderts aufzeigen und ihre unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen analysieren.

Am Ende der Frühen Neuzeit bot ein großer Teil der deutschen Städtelandschaft – vor allem außerhalb der großen Territorien – ein Bild der Erstarrung und des Verfalls. Die neuen Grenzziehungen und die Umwälzung der politisch-administrativen Zugehörigkeiten 1803 bis 1815 führten zu weiteren tiefgreifenden Bedeutungsverlusten einstmaliger Städte. Zusätzlich verursachten die Belastungen der napoleonischen Kriege temporäre Schrumpfungprozesse. Obwohl sich in den folgenden Jahrzehnten in Mitteleuropa ein starkes ökonomisches und demographisches Wachstum vollzog, profitierten bei Weitem nicht alle Vertreter des Städtensystems von diesen Entwicklungen. Durch die neuen Verkehrswege – moderne Chausseen, Kanäle und insbesondere die neuen Eisenbahnen – verloren beispielsweise zahlreiche traditionsreiche Städte ihre angestammte Rolle gegenüber industriellen Aufsteigern. Im Verlauf der Industrialisierung und Urbanisierung differenzierte sich das deutsche Städtensystem bis zum Ersten Weltkrieg weiter. Insbesondere kleinere Städte, denen kein Anschluss an die Prozesse der Modernisierung und Industrialisierung gelang, gerieten dabei in den Schatten der Entwicklungsdynamik.

Im Rahmen der Analyse soll Schrumpfung nicht nur als ein rein quantitativer Begriff verwendet werden: Auch bei zahlenmäßigem demographischen Wachstum konnten Städte relativ schrumpfen wenn sie gegenüber anderen dynamischen Orten der Region an Bedeutung verloren. Außerdem erlebten viele Städte durch den Verlust von ehemals wichtigen urbanen Funktionen und durch die Reduzierung ihrer städtischen Differenziertheit einen qualitativen Schrumpfungsprozess.

Der Beitrag wird für das lange 19. Jahrhundert nur einige ausgewählte Aspekte der vielfältigen Schrumpfungphänomene und wichtige Forschungsdesiderate aufzeigen und anhand von Fallbeispielen vertiefen. Vornehmliches Ziel soll es sein, den Blick von den Industriestädten und auf-

strebenden Metropolen stärker auf die „Verlierer“ des Transformationsprozesses zu lenken. Dabei sollen die Auswirkungen von Schrumpfungen auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen der Städte und die sehr unterschiedlichen Reaktionen der Stadtgesellschaften auf diese Prozesse betrachtet werden. In diesem Zusammenhang müssen diese Städte nicht grundsätzlich als „Verlierer“ oder rückständige „Ackerbürgerstädte“ erscheinen – sie blieben durch ihren spezifischen Entwicklungsverlauf auch von „Zumutungen“ des Industriezeitalters bewahrt. Durch eigenständige neue Spezialisierungen, die nicht zwangsläufig den Pfaden und Fortschrittsvorstellungen der industriellen Großstädte folgen mussten, generierten diese Städte oftmals lokal sehr individuelle Modernisierungswege, die mittelfristig einen erneuten Aufstieg begründen oder eine qualitative Weiterentwicklung ermöglichen konnten.

PD. Dr. Dirk Schubert (HafenCity Universität Hamburg)

„Unique London“ – Zur Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung

Zwischen 1919 und 1939 verdoppelte sich die bebaute Fläche von London und 1939 erreichte London mit 8.728.000 Einwohnern die höchste Einwohnerzahl in seiner Geschichte. Zwischen 1921 und 1931 wuchs die Bevölkerung Londons jährlich um fast 10 %.

Dieses Wachstum in Form von zentripedaler Ausdehnung und Suburbanisierung wurde durch den Ausbau der Verkehrsmittel möglich. Die räumlichen Strukturmuster der Suburbanisierung folgen dabei dem Stand der Verkehrstechnologien: Zunächst entstehen entlang der Vorortbahnen und ihrer Haltestellen neue Wohnquartiere, dann geben zudem die U-Bahntrassen die weitere Besiedlung vor, weiter ermöglichen dann die Straßenbahnen eine feingliedrige Verteilung auch zwischen den Bahn- und U-Bahntrassen. Seit dem Ersten Weltkrieg gewinnen dann Busse an Bedeutung. Sie sind nicht mehr auf die schienengebundenen zentripedalen Achsen verwiesen, sondern befördern die weitgehend ungeplante Ausdehnung des (vor-)städtischen Siedlungsgefüges.

Bei einer differenzierteren Betrachtung sind hier die korrespondierenden räumlichen Bezüge relevant. Die City of London verlor seit 1800 Einwohner und im Verwaltungsgebiet des London County Council war die Bevölkerung seit 1911 rückläufig. Während die Anzahl der Einwohner in Greater London noch bis 1939 zunahm, schrumpfte sie auch hier nach dem Zweiten Weltkrieg, während wiederum in der Region South East seit 1800 ein kontinuierliches Wachstum zu verzeichnen ist. Dieses Strukturmuster eines sich ausdehnenden „Bevölkerungskraters“ im Zentrum ist für die meisten Metropolen kennzeichnend. In London allerdings wurde seit 1889 (Gründung des LCC) eine gezielte Dezentralisierungspolitik („spread the people“) betrieben. Indem systematisch neue Siedlungen auch außerhalb der Stadtgrenzen („Out County Estates“) gebaut wurden, schrumpfte die Bevölkerung im Kerngebiet Londons. Während die anwachsende Mittelschicht aus den Innenstadtbereichen in die Vorstadtquartiere umsiedelte, verblieben in den zentralen Bereichen Slums und einkommensschwächere Haushalte. Die Londoner Stadtverwaltung selbst war maßgeblich an einer vorwiegend wohnungspolitisch motivierten Schrumpfungspolitik im Kernstadtbereich beteiligt, indem sie gezielt Siedlungen im Umland baute. Die innerstädtische Slumsanierungspolitik beinhaltete die Zerschlagung von gewachsenen Nachbarschaften, Selbsthilfeformen und Arbeitersubkulturen, während der Bau neuer peripherer Wohnquartiere eine „Streuungspolitik“ mit Formen von Disziplinierung und Modernisierung vorsah.

In dem Beitrag werden eingangs die Rahmenbedingungen der verstärkten Suburbanisierung nach dem Ersten Weltkrieg dargestellt. Die räumlichen Strukturmuster, die Ausdifferenzierung der Wohnungsbauträger (private versus kommunale) und der Käuferschichten sowie das „Innenleben“, die Veränderung der Lebenswelten und Lebensstile in den Vorstädten werden beschrieben. Schließlich wird die „Schrumpfungspolitik“ des LCC und der planerische Umgang mit den Entwicklungen erörtert.

Dipl.-Ing. Celina Kress (Technische Universität Berlin)

Schrumpfungsprozesse versus Wachstumsparadigma in der DDR

Von ‚Schrumpfung‘ sind in Deutschland aktuell und in demographischen Prognosen in besonderem Maße die neuen Bundesländer betroffen. Bis in die späten 1990er Jahre wurde diese Entwicklung kaum oder nur als Übergangserscheinung wahrgenommen. Der strukturelle Charakter der Krise ist heute auf breiter Ebene erkannt und allgemein bewusst geworden. Das Einsetzen dieser Entwicklung wird in der Regel mit dem wirtschaftlichen Umbruch, den die Wiedervereinigung auslöste, gleichgesetzt. Die ehemalige DDR erscheint, nach der Abschottung ihrer Grenzen 1961 bis zu ihrem Ende 1989, demographisch relativ stabil. (Leichter Einwohnerverlust von rd. 3,8% zwischen 1961 und 1989) Doch nicht übersehen werden dürfen die verschiedenen regionalen Schrumpfungsprozesse innerhalb der DDR, in denen sich die aktuelle krisenhafte Entwicklung schon langfristig vorankündigte. Trabantenstädte hinterließen schrumpfende, ungesanierte Altstadt- und Innenstadtgebiete, wachsende Stadtneugründungen erzeugten Einwohnerverluste in größeren und kleineren Städten und Gemeinden ihrer Umgebung.

Demographische Veränderungen wurden in der DDR durch politische und ökonomische Entwicklungen ausgelöst. Eine zentrale Rolle spielte die Wohnraumversorgung. Großwohnprojekte sowie Stadtneugründungen wurden auf nationaler Ebene zentral beschlossen, Planung und Durchführung erfolgten auf Kreisebene, wurden aber zugleich staatlich kontrolliert und gelenkt. Auf regionaler Ebene führten diese Projekte zu teilweise gravierenden demographischen Veränderungen.

Der erste Teil des Vortrags wird Schrumpfungsprozesse verschiedener Städte der DDR quantitativ und zeitlich bestimmen. Untersucht werden Beispiele aus den nördlichen, mittleren, südwestlichen und südlichen Bezirken, die jeweils topographisch, wirtschaftlich und historisch unterschiedlich geprägt sind. Diesem Überblick zur Schrumpfung wird der zweite Teil Ausprägungen des Wachstumsparadigmas gegenüberstellen. Beispielhaft werden dazu räumliche Entwicklungen (Städtebau und Wohnungsbau) im Bezirk Halle herangezogen. Der Blick auf konkrete Akteurskonstellationen, Entscheidungsstrukturen und Wahrnehmungsmuster in diesem Bereich wird qualitative Aspekte von und Wechselwirkungen zwischen Schrumpfung und Wachstum deutlich machen, aber auch die Frage nach einer Objektivierbarkeit des Schrumpfungsbegriffs aufwerfen.

Dr. Peter Franz (Universität Halle-Wittenberg)

Aktuelle Muster der Einwohnerschrumpfung in bundesdeutschen Städten

Der Beitrag vermittelt einen Überblick über das Ausmaß und die geographischen Schwerpunkte städtischer Einwohnerschrumpfung in Deutschland seit 1990. Nach einer summarischen Betrachtung der Stadtgebiete insgesamt werden differenziert verschiedene Zonen von Stadtregionen betrachtet und anhand des Fallbeispiels der Stadt Halle (Saale) einige Faktoren herausgearbeitet, welche die Einwohnerverluste bzw. -gewinne verschiedener städtischer Zonen beeinflussen. Im Anschluss daran werden verschiedene Erklärungsansätze diskutiert, die – je nach Abstraktionsniveau und Disziplin – unterschiedliche Variablen einbeziehen und nur geringe Kompatibilität aufweisen.

Prof. Dr. Heinz Heineberg (Universität Münster)

**Städte in Deutschland zwischen Wachstum, Schrumpfung und Umbau
aus geographischer Perspektive**

Die Stadtentwicklung stand in beiden Teilen Deutschlands bis zur politischen Wende und Vereinigung unter dem Primat des Städtewachstums – allerdings unter sich verändernden Leitbildern und mit deutlichen Systemunterschieden zwischen West und Ost. Die Stadtschrumpfung – als Folge demographischer, wirtschaftlicher u. a. Rahmenbedingungen - und der dadurch notwendige Stadtumbau oder auch –rückbau sind besonders für die Stadtplanung und den Städtebau in den neuen Bundesländern aktuell und wichtig für die Zukunftsentwicklung; sie gewinnen aber auch für das westliche Deutschland zunehmend an Bedeutung. Allerdings bestehen im Westen bereits längere Erfahrungen mit Schrumpfungsprozessen und deren planerische Bewältigung, dabei speziell auf Brachflächen.

Der Vortrag beschäftigt sich aus stadtgeographischer Perspektive vorrangig (1) mit Städtewachstum, Stadtschrumpfung und Stadtumbau im politischen und wissenschaftlichen Diskurs sowie (2) mit städtebaulichen Leitbildern und planerischen Maßnahmen für den Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen in Deutschland (anhand von Beispielen).

Priv.-Doz. Dr. Markus Hesse (Freie Universität Berlin)

Schrumpfende oder atmende Stadt?

Überlegungen zur Einordnung von Schrumpfungsprozessen in die Urbanisierung

Der Vortrag dient zwei Zielen. Zum einen wird ein kurzer Überblick über die Inhalte und Teilprojekte des Graduiertenkollegs „Stadtökologie – Schrumpfende Großstädte“ (GRK 780) gegeben, das seit 2002 unter Federführung der Humboldt-Universität in Berlin durchgeführt wird und sich mit der Ökologie in urbanen Räumen befasst. Gemeinsamer Bezugsrahmen der zweiten Förderphase ist das Phänomen der (demographischen, ökonomischen, räumlichen ...) Schrumpfung. Dabei wird der abnehmende Druck auf die Flächennutzung, der durch Tendenzen der Deindustrialisierung sowie eine stagnierende, tendenziell rückläufige Bevölkerungszahl bedingt ist, auf ökologische Entwicklungspotenziale hin überprüft.

Darauf aufbauend soll im Vortrag die bisherige Verarbeitung von Schrumpfungsprozessen im städtischen Diskurs kritisch hinterfragt werden. Ein Kritikpunkt richtet sich auf den latenten Alarmismus von Teilen der Stadtforschung und -planung, die in der Stadtschrumpfung (ebenso wie zuvor bereits in der Suburbanisierung) ein Menetekel für den Untergang der europäischen Stadt sehen. Stattdessen wird dafür plädiert, kurzfristige Zyklen der Stadtentwicklung in einen längerfristigen Kontext einzubetten. Dazu wird das Bild der „atmenden Stadt“ entworfen.